

Wo die Stadt noch sparen kann

Kämmerer Rainer Vogel holt Hessischen Rechnungshof ins Boot, um Haushalt nachhaltig zu konsolidieren

Die städtischen Finanzen und der Weg aus den Schulden sind schon seit langer Zeit ein beliebtes Streitthema zwischen der regierenden Mehrheit aus SPD und den Grünen und der Opposition von CDU und FWG. Doch nun scheint ein Angebot der Landesregierung die Lösung zu bringen.

Nidderau. Fast in jeder Sitzung, egal ob im Finanzausschuss oder im Stadtparlament, moniert die Nidderauer Opposition beinahe gebetsmühlenartig den schlechten Zustand der städtischen Finanzen. Schließlich musste auch Stadtkämmerer Rainer Vogel (Grüne), selbst erst seit der vergangenen Kommunalwahl 2016 im Amt, einräumen, dass er mit den zurückliegenden Jahresabschlüssen alles andere als zufrieden ist. Doch der Opposition, an ihrer Spitze der finanzpolitische Sprecher Klaus Knapp (CDU), reichte das nicht.

Ihn störe nach wie vor, so betonte er in der jüngsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses gleich mehrfach, dass das Zahlenwerk der Verwaltung keinerlei Bestandskraft habe. Da Prognosen und Wirklichkeit in den vergangenen Jahren ständig weit auseinandergelegen hätten, sei eine solide Finanzplanung kaum möglich, kritisierte Knapp. Da kam das Angebot der Landesregierung gerade recht, die Haushalte von hoch verschuldeten Nicht-Schutzschirm-Kommunen von einer Stabsstelle des Rechnungshofs – und damit aus externer und neutraler Sicht – unter die Lupe nehmen zu lassen.

Opposition kritisiert

Diese Stabsstelle hat inzwischen rund 80 Städte und Gemeinden in Hessen analysiert und verfügt deshalb über ausreichend Vergleichsmaterial. Nachdem in den vergangenen Monaten erste Gespräche mit dem Kämmerer und dem Fachbereich stattgefunden hatten, kam es nun zu einem erneuten – allerdings nichtöffentlichen – Treffen, an dem auch Mitglieder der Parteien teilnahmen und Fragen stellen konnten.

Ziel dieser Beratung ist es, dass die Stabsstelle gemeinsam mit der Verwaltung die Haushaltssituation analysiert, auswertet und Empfehlungen für die künftige Haushaltspolitik der Stadt erarbeitet – auch um mögliche Einsparmöglichkeiten zu identifizieren.

Grundlage für die Analyse bildet dabei der Doppelhaushalt 2017/2018, der der Rechnungshof-Stabsstelle mit umfangreichem Datenmaterial zur Verfügung gestellt wurde. Das wiederum beanstandet der FWG-Fraktionsvorsitzende Gerhard Wukasch: „Grundsätzlich ist es der richtige Weg. Unbefriedigend ist aber, dass die Analyse auf Grundlage der Planzahlen 2015 bis 2017 erfolgte. Denn in Nidderau sind die Ist-Zahlen doch erheblich von den geplanten Zahlen abgewichen.“ Doch dieser Einwand irritiert Kämmerer Vogel nicht: „Letztlich geht es doch darum, den Nidderauer Haushalt nachhaltig zu konsolidieren. Daher werden die Ergebnisse aus dem Beratungstermin und die Ergebnisse der Prüfung des Rechnungshofs in die Haushaltsplanung 2019/20 einfließen.“ Auch den Vorwurf der Opposition, die Konsolidierung viel zu spät und dann auch nur auf Veranlassung der CDU vorangetrieben zu haben, weist der Stadtkämmerer zurück. Die Verwaltung habe die Sparmaßnahmen längst selbst eingeleitet. Schuld an dem Hin und Her mit den Zahlen sei die Umstellung auf die Doppik, also die doppelte Buchführung, gewesen.

Für die Verwaltung habe das nicht nur einen Systemwechsel bedeutet, sondern auch den Umstieg auf ein neues Buchungsprogramm. „Mit anderen Worten: ein echter Kraftakt“, erinnert Vogel. Ähnlich sehe dies auch der Rechnungshof. Allerdings sei die Umstellung langfristig durchaus sinnvoll, denn so werde auch das Controlling für die Kommunen wesentlich verbessert.

Viel Sparpotenzial

Und dann verrät Vogel doch noch ein Ergebnis aus dem ersten Workshop: In Nidderau gibt es nach Auffassung des Rechnungshofs ausreichendes Konsolidierungspotenzial, das geeignet ist, den Haushalt trotz sich verschlechternder Rahmenbedingungen über das Jahr 2017 hinaus dauerhaft auszugleichen.

Dafür bedarf es allerdings politischer Abwägungen und Entscheidungen. Andere Kommunen in gleicher Größenordnung wie Nidderau mit ähnlichen Problemen seien da schon weiter.

Allerdings gebe es auch Kommunen, die noch weitaus größere Probleme mit ihren Finanzen hätten. Das nächste Treffen mit Vertretern der Stabsstelle des Rechnungshofs ist für den 14. April angesetzt. Dann werden – erneut in nicht-öffentlicher Sitzung – erste Sparvorschläge erwartet, und zwar von allen Seiten: von der Verwaltung genauso wie von den Vertretern der Parteien.

Artikel vom 16.03.2018, 03:00 Uhr (letzte Änderung 16.03.2018, 08:12 Uhr)

Artikel: <http://www.fnp.de/lokales/wetterau/Wo-die-Stadt-noch-sparen-kann;art677,2935018>